

9. Sitzung des Verkehrsausschusses der Stadt Speyer am 13.06.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Vorstellung Entwurf Nahverkehrsplan

TOP 1 wird krankheitsbedingt abgesetzt. Nach der Sommerpause wird der Tagesordnungspunkt wieder aufgenommen.

Gegenstand: Anordnung 30-km/h-Beschränkungen; mündlicher Sachstandsbericht

Herr Zander berichtet, dass die Ausweisung von weiteren 30km/h Beschränkungen krankheitsbedingt hinter der geplanten Zeitschiene liegt.

Dies betrifft die Obere Langgasse, Burgstraße und Landauer Straße.

Zunächst muss eine Gutachtenanalyse, bezüglich des Ausweichverkehrs der Oberen Langgasse und der Burgstraße, durchgeführt werden. Als „Hotspot“ gelten die schützenswerten Einrichtungen (Schulen, Seniorenheime). Auch der Radverkehr soll in diesem Bereich auf der Straße geführt werden.

Die Stadtverwaltung ist mit der Polizei im Gespräch, um auch die Strecke der Burgstraße zwischen der Josef-Schmitt-Straße bis zum Woogbach, als 30 km/h Bereich auszuweisen. Grundsätzlich kann wegen des Seniorenheims nur zwischen Am Woogbach und Blaulstraße der Bereich ausgewiesen werden.

Die Landauer Straße ist sehr komplex, da sie als Landesstraße dem LBM als obere Behörde unterliegt. Dieser hat einen Pilotversuch nach einem Jahr eingestellt. Eine Fazit-Analyse konnte jedoch krankheitsbedingt nicht erstellt werden. Daher wird die Stadt nun selbst die Daten auswerten um die Ausweisung als 30km/h Bereich entsprechend begründen zu können und sog. „Hotspots“ zu entschärfen. Dies soll vor allem für eine Lärmreduktion, aber auch für einen sicheren Radverkehr und ein sichereres Umfeld in Nähe des Seniorenwohnheims sorgen.

Für die Hafensstraße liegen mittlerweile die Daten der Umweltabteilung vor. Hier bestünde die Möglichkeit ebenfalls einen 30km/h Bereich in der Zeit von 20:00 – 06:00Uhr einzurichten.

Herr Lorenz merkte dazu an, dass noch weitere Daten erhoben werden. Es wird simuliert wie sich die Verkehrsverdrängung, je nach Tempo 30 oder 50, verhält. Die Erhebung der Daten geschehe auch durch gezielte Befragung der Anwohner und ansässigen Firmen.

Herr Czerny warf ein, das in der Burgstraße und in der Oberen Langgasse auch der Ausweichverkehr zu berücksichtigen ist.

Des Weiteren gab Herr Czerny an, dass in Kandel ein Projekt zur Qualifizierung zu 30 km/h Bereichen gelaufen ist (2013/2014) und für die Landauer Straße und die Hafensstraße hier der LBM ggf. zu hören wäre.

Herr Hepper wollte wissen, ob die Geschwindkeitsmessanlagen an den Hot-Spots auch zu hohe Geschwindigkeiten aufzeichnen.

Herr Lorenz antwortete, dass lediglich die Vorgabe der tatsächlichen Geschwindigkeitsbegrenzung gemessen wird, nicht jedoch die tatsächliche (überhöhte) Geschwindigkeit.

Herr Zimmermann fragte wann die Gutachten und Argumente zur Vorlage zum LBM kommen.

Herr Lorenz sagte, dass eine Realisierung noch in diesem Jahr vorgesehen ist.

Herr Zimmermann fragte nach den anfallenden Kosten.

Laut Herrn Lorenz belaufen sich diese auf € 75.000,-. Darin enthalten sind jedoch allgemeine Grundlagen nicht nur der Radverkehr oder Tempo 30, auch der ÖPNV ist Bestandteil.

Herr Zander warf ein, dass die Zahlen jedoch noch aus dem Jahre 2010 resultieren und daher ein aktuelles Gutachten auf den Weg gebracht werden muss.

Frau Seiler ergänzte, dass das Gutachten bereits in Vorbereitung sei und auch im Zuge des Verkehrsentwicklungsplans berücksichtigt wird.

Herr Czerny fragte weshalb der Hotspot Hafestraße lediglich nachts mit einer Lautstärkenmessung und somit zur einem zeitlich begrenzten 30km/h Bereich ausgestaltet werden kann.

Herr Zander gab an, dass dies auch für ihn nicht nachvollziehbar sei weshalb das Gutachten so ausgeführt wurde.

Herr Enzo sagte, dass € 75.000,- zu viel sei aufgrund des Alters des Gutachtens.

Frau Seiler warf jedoch ein, dass das Gutachten fachbereichsübergreifender Natur sei und die Verkehrspolitik in Speyer darauf aufbaue. Somit ist es eine lohnende Investition.

Frau Mitsch gab an, dass der Radverkehr besonders in der Obere Langgasse und der Bahnhofstraße nicht auf der Straße stattfindet sondern regelmäßig auf dem Gehweg.

Herr Weinmann beurteilte die Einschätzung der Polizei, welche die Strecke von der Josef-Schmitt-Straße bis zum Woogbach nicht so einstuft wie die Stadt, als nicht in Ordnung.

Herr Zander gab dazu an, dass „in der Nähe“ ein unbestimmter Rechtsbegriff ist und die Polizei diesen enger auslegt als die Stadt.

Herr Czerny / Frau Mitsch sagten das die Führung der Fahrbahn in der Bahnhofstraße „unglücklich“ geworden ist, da die PKW die Fahrradfahrer beim Beschleunigen zu spät erkennen.

Frau Seiler sagte dazu, dass beim Umbau der Oberen Langgasse im Jahr 2019 darauf geachtet und ggf. optimiert werden könnte.

Frau Spoden plädiert dafür, den Begriff „in der Nähe“ auch bei den Kindergärten entsprechend auszulegen.

Gegenstand: Brückensanierung Salierbrücke; Sachstand

Frau Seiler erläutert den aktuellen Sachstand:

Die Salierbrücke soll beschränkt geöffnet werden, so dass Schüler und Rettungsdienste die Brücke nutzen können, jedoch kein Individual Verkehr stattfinden wird.

Am 18.06.2018 um 18:00Uhr werde durch das Regierungspräsidium Karlsruhe in der Stadthalle ein Vortrag stattfinden, um die Öffentlichkeit zu informieren.

Fahrradfahrer können die Brücke nutzen, dennoch sind die Auswirkungen auf Speyer insgesamt fraglich.

Ein Gutachten hierzu existiert zwar, liegt jedoch noch nicht vor.

Herr Zander war am 13.06.18 auf einem Fachbehördengespräch. Dort wurde kundgetan, dass die Ausweichverkehre abgewogen werden müssen um zu entscheiden wo und was zu tun ist.

Frau Seiler ergänzte, dass die erhobenen Daten in NOVIS eingespeist würden. Über den „Knackpunkt“ der BAB61/B9 wird noch dezidiert durch das Regierungspräsidium berichtet werden.

Evtl. wird die Fahrbahn der BAB61 auf sechs Spuren erweitert.

Herr Hepper wollte wissen, ob die Salierbrücke für Fahrräder gesperrt würde.

Herr Lorenz antwortete, dass Fahrräder über die Brücke geschoben werden müssten, da diese lediglich für Fußgänger freigegeben wird.

Herr Ross fragte nach dem zeitlichen Rahmen des Umbaus.

Frau Seiler antwortete, dass es wohl 26 Monate werden. Es würde noch geprüft, ob es eine 24h Baustelle werden kann. Da die Sicherheit der Arbeiter jedoch vorgeht, wird hier geprüft, ob dies mit der Arbeitssicherheit in Einklang zu bringen zu ist.

Herr Czerny sagte, dass die Termine des Umbaus von 2019 – 2021 nicht stimmen würden, da die BAB61 ebenfalls im Jahre 2020 umgebaut werden soll.

Herr Zander und Frau Seiler gaben an, dass der Umbau der BAB verschoben wurde, so auch in Ludwigshafen.

Dazu ergänzte Herr Benner, dass der Ausbau in Frankenthal beginne und in Abschnitten nach und nach fortgeführt werden würde.

Herr Lorenz und Herr Benner machten Angaben zur der Nutzung der Salierbrücke für Fahrradfahrer während der Umbauphase.

Da lediglich eine Breite von 1,90m als Geh- bzw. Radweg zur Verfügung steht, reicht dies nicht als gemeinsamer Geh- und Radweg. Daher dürfen Fahrräder lediglich geschoben werden.

Ein Ausweichen auf die Fahrbahn die von Rettungsfahrzeugen genutzt werden kann ist ebenfalls nicht möglich, da die Fahrbahnbreite nicht die erforderliche Breite von 2,50m aufweisen wird. Eine gemeinsame Nutzung von Fahrrädern und dem Rettungsdienst im Einsatzfalle ist somit nicht möglich.

Herr Hepper fragt hierzu, ob nicht nach Fertigstellung der einen Fahrbahnseite diese freigegeben werden könne.

Frau Seiler sagte hierzu das die Details noch zu klären sind, jedoch bestünde auch nach Fertigstellung einer Fahrbahn noch immer die Problematik das dies als Rettungsweg vorgesehen ist und solange auf der anderen Fahrspur gebaut wird nicht.

Herr Zander verdeutlicht nochmal wie kompliziert und komplex eine solche massive bauliche Maßnahme ist und dies auch für den Aufwand gilt, um Fehlfahrten -insbesondere von LKW- zu verhindern.

Herr Czerny schlägt vor vier bis sechs Wochen abzuwarten und Schüler und Fahrradfahrer zu beobachten und dann zu entscheiden und zu Beschildern.

Frau Seiler gibt dazu an, dass auch Busse zur Schülerbeförderung eingesetzt werden und das man aber leider abwarten muss wie sich die Situation entwickelt.

Die Kosten werden durch Bund und Land getragen, jedoch nicht bei der Fähre, da diese nicht vom Bund ist. Die Kosten belaufen sich auf etwa € 70.000,- täglich.

Frau Seiler sagte, dass zzt. geprüft werde was für Busse beschafft würden und auf welcher Strecke diese eingesetzt werden und ob in den Shuttle-Bussen eventuell Fahrräder mitgenommen werden dürfen.

Herr Zander ergänzte, dass eventuell Zusatzbusse zur Schülerbeförderung über die Maximilianstraße fahren werden. Dies bleibt aber zunächst abzuwarten, da erst Daten erhoben werden müssen, um zu entscheiden wie und wo der Einsatz der Busse sinnvoll wäre.

Gegenstand: Entfernung LKW-Parksteifen Siemensstraße

Frau Seiler gibt direkt einen Ausblick für die nächste Sitzung, da LKWs in Speyer ein Problem darstellen welches angegangen werden muss. Es muss darüber geredet, geplant und angegangen werden.

Weiter gab es keinen großen Ausweichverkehr in der Siemensstraße. Eine andere „Baustelle“ ist jedoch die Hasenpfühlerweide und die Nachtweide, welche mittels Anordnung entsprechender Beschilderung die LKWs fernhalten sollen.

Herr Zander sagte, dass der Rückbau eine gute Lösung war und es nur positive Rückmeldung gab.

Herr Weinmann gab an, dass in der Nachtweide sowohl LKW als auch abgemeldete PKW herumstehen.

Herr Czerny sagte dazu, dass es ein allgemeines Problem sei, da die Lager auf die Autobahn verlegt werden und der Bund hier umdenken und tätig werden muss.

Frau Seiler gab hierzu an, dass nach der Sommerpause auch mit den Unternehmen gesprochen werden muss. Diese wollen die LKW nicht auf deren eigenen Gelände, was wiederum diese zurück in den öffentlichen Raum drängt. Darauf folgt dann die Vermüllung da sowohl die Rastplätze auf den Autobahnen als auch Parkplätze in und um Speyer überfüllt sind.

Herr Brandenburger fragte, ob es evtl. in Frage käme Stellplätze für LKW herzustellen und die Finanzierung nicht nur der Kommune sondern auch durch die Wirtschaftsförderung unterstützt werden soll.

Frau Seiler antwortet, dass die Wirtschaftsförderung wegen mehr Stellplätzen ggf. mit unterstützt. Da die Firmen die LKW nicht bei sich auf dem Gelände haben wollen gibt es die Überlegung, städtischen Grund gegen eine Gebühr an die LKW-Fahrer zu vermieten.

Es wird darüber diskutiert und man ist hin- und hergerissen. Es müsste ein richtiger Rasthof gebaut werden, allerdings zieht dieser noch mehr LKW an. Es muss abgewogen werden, jedoch kann der Status Quo nicht bleiben.

Evtl. Otterstadt und Gemeinden aus der Umgebung mit ins Boot holen.

Herr Brandenburger gab zu bedenken, dass das Polygongelände ein geeignetes Gelände sei und mittels (voll automatisierten) Shuttle an die Stadt angebunden werden könnte.

9. Sitzung des Verkehrsausschusses der Stadt Speyer am 13.06.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Verschiedenes

Über den Jugendausschuss wurde bekannt, dass eine KiTa bei der Erlich-Schule entstehen soll und dies letztlich auch den Verkehrsausschuss betrifft.

Die Parkplätze Im Erlich sind stets belegt durch Lehrer und Erzieher welche an der Schule tätig sind. Wenn nun noch die KiTa dazu kommt sind die Probleme schon abzusehen.

Daher sollte an den Jugendausschuss appelliert werden, wegen des erhöhten Verkehrsaufkommens, die KiTa an anderer Stelle einzuplanen.

Frau Seiler bedankt sich bei den Anwesenden und beendet um 18:00Uhr die Sitzung.

9. Sitzung des Verkehrsausschusses der Stadt Speyer am 13.06.2018



9. Sitzung des Verkehrsausschusses 13.06.2018 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriidruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!